

Von Krieg kann noch keine Rede sein



Militär Sicherheitsexperten diskutieren die Herausforderungen für Deutschland nach den IS-Anschlägen. Von *Matthias Schiermeyer*

Nach dem Terror von Paris gilt mehr denn je: Deutschland muss international eine größere Verantwortung übernehmen. „Wegschauen ist in einer enger gewordenen Welt nicht mehr möglich“, mahnt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, auf einer hochkarätigen Sicherheitstagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Echterdingen. Konkret wird es zunächst darum gehen, die Franzosen zu entlasten – in Mali vor allem (siehe auch nebenstehenden Text). Im Süden ist die Bundeswehr mit einer Ausbildungsmission präsent. Bald wird sie auch im Norden des von Islamisten terrorisierten Landes gefordert sein – mit Lufttransport, Kommunikationstechnik und Aufklärungsmitteln, wie Arnold anregt.

Mitunter werde der Einsatz von Militär als Ultima Ratio – als letztmögliches Mittel – bezeichnet, so Arnold. Aber „war es nicht manchmal viel zu spät?“. In Syrien habe die Staatengemeinschaft viel zu lange zugehört – und in Mali habe Frankreich in letzter Minute eingegriffen. Künftig werde es verstärkt notwendig sein, in fragilen Ländern die Sicherheitsstrukturen zu stärken. Der Fokus müsse auf Nordafrika mit Tunesien oder Algerien liegen. „Diese Länder dürfen nicht fragil werden“, warnt er.

Sowohl Frankreichs Staatschef François Hollande als auch Bundespräsident Joachim Gauck hatten infolge des Terrors in Paris von Krieg gesprochen. Wer, so Arnold, „leichtfertig sagt: Wir sind im Krieg, der sollte bedenken, dass die Menschen hier andere Bilder vom Krieg im Kopf haben“. Das müsse man differenzierter diskutieren. „Wir haben in Frankreich und Deutschland keinen Krieg.“ Gerade in schwierigen Zeiten gelte es besonnen zu bleiben. „Ratio statt Gefühl“, beschrieb er seine Lehre aus „9/11“ und der damaligen Entscheidung zum Afghanistan-Einsatz.

Generalinspekteur Volker Wiewer zeigt zumindest Verständnis dafür, dass die Franzosen in ihrer Betroffenheit eine „bestimmte Rhetorik“ bevorzugen. „Doch hat der Begriff Krieg auch eine völkerrechtliche Dimension, die hier nicht in vollem Umfang erreicht wird“, fügt er an. Auch

Joachim Rücker, Botschafter bei den UN in Genf und Präsident des UN-Menschenrechtsrats, befand, dass der Kriegsbegriff in „völkerrechtlicher Hinsicht problematisch“ sei. Syrien und Irak seien keine Gegner, und der Islamische Staat sei kein Staat.

Rücker wirbt für die UN als globale Ordnungsinanz, auf die man nicht verzichten könne. Mit ihrem „Instrumentenkasten“ seien sie ordentlich aufgestellt. Dieser müsse auch für Syrien geöffnet werden – „bis hin zu Peacekeeping durch Blauhelmsoldaten“. Bis jetzt sei der Sicherheitsrat gelähmt durch die Vetomächte. Infolge des jüngsten Terrors sehe er aber „Licht am Ende des Tunnels“, so Rücker mit Blick auf die gerade beschlossene UN-Resolution.

„Die Katastrophe von Paris könnte als Katalysator dienen.“ Ronja Kempin von der Stiftung Wissenschaft und Politik zeigt sich enttäuscht von den Reaktionen der EU-Staaten darauf, dass Paris erstmals die Beistandsklausel im EU-Vertrag aktiviert hat. Speziell Deutschland sollte Frankreich stärker unterstützen. Es solle eine „europäische Antwort erfolgen“. Wiewer hält dem entgegen, dass die EU-Beistandsklausel bislang nur einen „akklamatorischen Charakter“ habe. Bilateral werde erörtert, was Frankreich benötige. Sinn der Klausel sei keine gemeinsame Militäroperation.

Später wagt sich Wiewer, als Generalinspekteur auch oberster Diplomat der Bundeswehr, kurz aus der Deckung, indem er die Polen rüffelt, die für Flüchtlinge die Tore schließen wollen. Lastenverteilung benötige ein multinationales Verständnis, sagt der „GI“ ausdrücklich auch an die Adresse der polnischen Militärs und fordert

indirekt eine Kürzung von EU-Mitteln. André Wüstner, Chef des Bundeswehrverbandes, lobt die besonnene Reaktion auf die Pariser Attentate. Aktionismus lehnt er ab. Die Soldaten seien dafür, mit einem international abgestimmten Konzept gegen den IS vorzugehen, bei dem nicht nur das Militärische berücksichtigt werde.

Mit Blick auf künftige Einsätze nennt er die Bundeswehr „überbucht“. Die derzeit bis zu 8000 Flüchtlingshelfer nicht eingerechnet, seien momentan 19 000 Soldaten durch Einsätze und Übungen gebunden. Das „Wirkpersonal“ bei Heer, Luftwaffe und Marine betrage insgesamt weit weniger als 140 000 Kräfte. Das „deutsche Feldheer besetzt in der (Münchner) Allianz-Arena nicht mehr viele Plätze“, zeichnet Wüstner ein einprägsames Bild. Wenn die Bundeswehr „überall dabei sein“ solle – wie bald wieder im Norden Malis – müsse man „materiell und personell nachsteuern“.

Mali macht Jagd auf die Terroristen

Attentat Nach dem Anschlag auf ein Hotel in Bamako ruft der Staatschef den Ausnahmezustand aus. Von *Johannes Dieterich*

Zwei Tage nach dem blutigsten Terroranschlag in der Geschichte Bamakos versucht die Bevölkerung der malischen Hauptstadt zum Alltag zurückzukehren. Vor den Hotels der Stadt wurden die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Am Freitag hatten Terroristen das Luxus-hotel Radisson Blu im Diplomatenviertel angegriffen und 170 Menschen teilweise neun Stunden lang als Geiseln genommen. Inzwischen steht fest, dass bei dem Terroranschlag 19 Geiseln und zwei der Angreifer getötet wurden.

Von den ausländischen Staaten hat Russland mit sechs Mitgliedern einer Flugzeugcrew die meisten Opfer zu beklagen. Unter den Toten befinden sich außerdem drei leitende Manager eines chinesischen Staatsbetriebs sowie zwei Belgier, eine Amerikanerin und ein Israeli. Vier Deutsche kamen mit dem Schrecken davon. Berichte von Überlebenden machen deutlich, mit welcher Brutalität die Angreifer vorgegangen sind. Ein schwer bewaffneter Mann

im Alter von 20 oder 21 Jahren habe willkürlich in einen für acht Personen ausgelegten offenen Lift geschossen, in dem mehr als zehn Hotelgäste zu fliehen suchten, berichtete ein Koch des Hotels: Der Schütze habe beim Schießen gelacht.

Ob die beiden getöteten Angreifer die einzigen Eindringlinge waren, ist noch unstritten. Während die Polizei am Freitag von mindestens zehn Männern sprach, war einen Tag später plötzlich nur noch von zweien die Rede. Dem widersprechen Überlebende: Er habe mindestens vier Angreifer gesehen, sagte ein Augenzeuge. Malis Sicherheitskräfte machten derzeit Jagd auf „mehr als drei weitere Verdächtige“, gab Streitkräftechef Modibo Traoré bekannt. Ob es sich dabei um entkommene Täter oder Helfeshelfer handelt, wurde nicht mitgeteilt. „Wir werden keine Ecke der Welt unberücksichtigt lassen, um die Flüchtigen zu finden“, sagte Präsident Ibrahim Boubacar Keita. Er ordnete eine dreitägige Staatstrauer an und verhängte

einen zehntägigen Ausnahmezustand. Die Terroristen hätten es nicht verdient, „Menschen“ genannt zu werden, sagte der Präsident. „Sie haben sich von der Menschheit, wie wir sie kennen, verabschiedet.“ Trotz des Anschlags werde Mali jedoch zu keinem isolierten Staat mit geschlossenen Grenzen werden.

Malis Sicherheitskräfte, die beim Sturm des siebenstöckigen und 190 Betten zählenden Hotels von französischen und US-Antiterrorspezialisten unterstützt wurden, gehen davon aus, dass die Terrorgruppe Al-Murabitoun für den Anschlag verantwortlich ist. Die über die Vorgänge in der Islamistenzone stets gut unterrichtete mauritanische Nachrichtenagentur Al-Akhar hatte am Freitag berichtet, zu dem Überfall hätten sich Al-Murabitoun und Al-Kaida im Maghreb (Aqim) bekannt. Unter Terror-Experten ist noch unstritten, ob der Überfall auf das Hotel eher ein internationales oder nationales Ziel verfolgte. So könnte der Überfall im Zusammenhang mit einer im Juni unterzeichneten Friedensvereinbarung für den Norden Malis stehen, der von den Extremisten abgelehnt wird. Umgekehrt wird auch eine Verbindung zum Anschlag in Paris nicht ausgeschlossen.